

Ersteinstufige
nachmitt. mit Annahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 7.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.60 Mk. zinkl. Postgeb.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage),
durch die Post nicht bezogen,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 80 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Weltblatt Halle/Saale.

WELTBLATT

Interessengebühr
betragt für die Kopialrechte
entweder 10 Pf. oder 20 Pf.
je nach dem Umfang der
Abdruckung. Bei
Abdruckung von
Illustrationen
kann die Gebühr
höher sein.

Interate
für die fällige Nummer
müssen zahlend bei der
Einsendung der
Abdruckung
eingefügt
sein.

Einsendungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Das deutsche Weißbuch.

Die Veröffentlichung des französischen Gelöbdeß hat den deutschen Reichstagler genötigt, die parlamentarischen Stellen des Westens nachzuziehen und dem Reichstag eine Sammlung diplomatischer Schriftstücke zu unterbreiten, durch die das Vorgehen der deutschen Regierung gegen Frankreich und England gerechtfertigt werden soll. Auch die deutschen Nachbarn sind nun nicht mehr imstande, die Vermählung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches als eine Sache weniger Eingeweihter zu behandeln. Die Schritte des diplomatischen Geheimnisses beginnen sich zu lösen und die erste Vorbereitung eines künftigen Zustandekommens ist schon im Gange, auch dem deutschen Volke ermöglicht, klar in die Welt zu blicken und die Zeitung seiner Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Daß bei dieser Räumungsarbeit viel Staub aufsteigt und manches wunderliche Gerümpel aus der Väter Hausatut zum Vorschein kommt, ist nicht zu verwundern. Das deutsche Weißbuch legt das Hauptgewicht seiner Darstellung auf die zwei Fragen: „Was ist der französische Gelöbdeß in Marocco, Herr St. René Taillandier, auf ein europäisches Mandat bezuhen?“ und „Was die deutsche Regierung über das englisch-französische Abkommen bezüglich Maroccos richtig informiert worden oder nicht.“ Die französische Regierung beantwortet die erste Frage mit Nein, die deutsche mit Ja. Die zweite Frage wird wieder von den Franzosen bejaht und von den Deutschen verneint. Und nun muß das deutsche Weißbuch beweisen, daß die deutsche Regierung recht hat.

Damit bestätigt die deutsche Regierung selbst, daß die Frage des europäischen Mandats eine ganz überflüssige diplomatische Fiktion ist. In dem Augenblick, in dem Herr Taillandier — oder, wie ihn der Sultan familiär nennt — Herr St. René — angeht die historische Wendung vom „Bund der Europäer“ oder dem „Willen Europas“ gebraucht haben soll, wählte der Sultan lang, daß ein solches Mandat nicht existiere. Ihn übrig bleibt die ganze Geschichte höchst ungläubig-würdig, denn wenn der französische Gelöbdeß zu einer Zeit, da die deutsche Regierung mit dem Hauptling von Marocco nach Kräften im geheimen unterhandelte, besagte hätte, ganz Europa stünde hinter ihm, so hätte er rein von Einlen sein müssen.

Was nun die zweite Schlußfrage betrifft, ob die deutsche Regierung vom englisch-französischen Abkommen richtig verständigt worden sei, so stellt sich nach der Darstellung des Weißbuchs das folgende heraus:

Der frühere Minister des Auswärtigen, Herr Delcassé, hatte wiederholt dem italienischen Volkshäupter Andeutungen allgemeiner Art gemacht über unheilbare Zustände in Marocco und über die Notwendigkeit, welche sich daraus für Frankreich ergabe, auf die Sicherung seiner allgemeinen Grenze Bedacht zu sein. Später leit dann das französisch-englische Abkommen geschlossen wurde, das sofort nach seinem Abschluß veröffentlicht wurde. Delcassé erklärte später auf Befragen, der Gelöbdeß sei ihm nicht gekommen, der italienischen Regierung dieses Schriftstück mitzuteilen, das sofort der Öffentlichkeit übergeben worden sei.“ Hierüber beschränkt sich der Inhalt des Weißbuchs v. Wilson vom 1. Mai 1906. (Das Abkommen war im Frühjahr 1904 geschlossen; am 31. März 1905 war aber die bekannte Fahrt des deutschen Kaisers erfolgt.) Der Kaiser legt in diesem Gelöbdeß ausserdem, es sei ein großer Unrecht, ob der abgeschlossene Vertrag der deutschen Regierung direkt mitgeteilt oder ob er im Journal officiel veröffentlicht werde, und demnach triumphierend seinen Erfolg:

Die Unternehmung des deutschen Standpunkts erfolgt durch Herrn Rouvier im Erfolge vom 21. Juni, welchem der Text des französisch-englischen Marocco-Abkommens beigesetzt ist. Im März 1904 war der Text durch das Journal officiel aller Welt bekannt gegeben worden. Am 21. Juni erhält der Kaiser v. Wilson auf seinen bringenden Wunsch eine besondere amtliche Mitteilung des aller Welt bekannten Textes hinsichtlich auf die Öffentlichkeit mit Rücksicht auf die deutsche Regierung der deutschen Regierung erfolgt, und ein „deutscher Standpunkt“ anerkannt.“

tische Schritte unternommen und erst nachträglich sich die Begründung für sie verschafft hat. Vor der Kaiserreise, wertige Tage nach Veröffentlichung des englisch-französischen Abkommens, führte aber der Reichstagler im Reichstage aus:

„Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, Differenzpunkte, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege der gütlichen Verständigung aus der Welt zu schaffen. Dagegen wird vom Standpunkt der deutschen Interessen nicht einzuwenden sein. Denn ein gespanntes Verhältnis zwischen Frankreich und England ist für Deutschland schon deshalb nicht zu wünschen, weil es eine Gefährdung des Weltfriedens wäre, dessen Aufrechterhaltung wir dringend wünschen.“ Es liegt kein Grund vor zu bezweifeln, daß von Seite irgend einer Macht unsere wirtschaftlichen Interessen in Marocco misachtet oder verletzt werden könnten.

Woburch dann jener plötzliche Umsturz in der deutschen Maroccopolitik erfolgt ist, der den Westfalen auf schwarze Fahnen geführt hat und ihn auch heute noch gefährt, darüber enthält das Weißbuch kein Wort!

Tagessgeschichte.

Halle a. S., 9. Januar 1906.

Der 21. Januar und die Polizei.

Der große Schicksalstag, an dem die preussische Wahlrechtbewegung ihre Kräfte entfalten soll, zugleich der internationale Gedenktag der Petersburger Märzrevolte, hat die Polizei jetzt schon in lebhaftest Bewegung gebracht. Was wird am 21. Januar geschehen? In welcher Form werden sich die Massenverbindungen des Bolschewismus bethätigen, und wie werden sich die Organe der Staatsgewalt zu ihnen verhalten? Das ist die Frage, die jetzt in allen beamteten und politischen Kreisen aufs lebhafteste diskutiert wird. Zunächst verbreitete sich in Berlin — unbekannt aus welcher Quelle — das Gerücht, die preussisch-deutsche Regierung trage sich mit der Absicht, einen kleinen Staatsstreich zu verüben und trotz des Mangels jeder gesetzlichen Unterlage die ganze Bewegung einfach zu verbieten. Von dieser grotesken Idee — deren Ausführung den allerhöchsten Aufsatzen zur Wahlfreiheitsbewegung gegeben hätte — scheint man aber inzwischen doch abgesehen zu sein; denn eine Korrespondenz, die Beziehungen zur Polizei hat, weiß jetzt, wie vor bereits gekennet unter letzte Nachrichten kurz mitgeteilt zu werden, daß ein Verbot dieser Bevölkerungsveranstaltungen nicht stattfinden wird, doch werde die Polizei sofort jede Verleumdung aufzuheben, die einen unruhigen, revolutionären oder staatsfeindlichen Verlauf nehme. Von eventuellen Straßensundgebungen heißt es:

„Trotzdem welche Demonstrationen nach Schluß dieser Versammlungen werden aus keinem Fall zugelassen; sollten sie erzwungen werden, so muß dagegen mit aller Macht vorgegangen werden. Man rechnet damit

Was die weitergehende Frage des „europäischen Mandats“ betrifft, so steht hier Aussage gegen Aussage. Der französische Gelöbdeß Taillandier hat auf das Bestimmteste versichert, daß er sich niemals auf ein europäisches Mandat bezuhen habe. Dagegen behauptet die deutsche Regierung mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, Herr Taillandier hätte es doch getan, und beruft sich zum Beweise ihrer Behauptung auf das Zeugnis unseres glorreichen Verbündeten, des Maroccanerhauptlings Abdou Kifia. Am 21. April 1905 berichtet nämlich der deutsche Konsul in Fez, Herr Wessl, von einem Gespräch, das er mit dem Sultan führte, u. a. folgendes:

„Ich erhalte ihm dann aus, daß die Franzosen die Rechte demontieren, daß Herr St. René Taillandier sich auf ein europäisches Mandat bezuhen habe. Der Sultan bemerkte dazu: „Mir selbst gegenüber haben sich die Franzosen in diesem Sinne ausgesprochen.“ Auf meine Frage, wer es gewesen sei, erwiderte der Sultan: „Herr St. René selbst“ und fügte hinzu: „Ich habe dann gefragt: Wer sind denn die Briten? und ich habe ihm geantwortet: „Das ist England und die Amerikaner.“ Herr St. René hat darauf nichts erwidert und ich habe daraus meine Schlüsse gezogen, die der Verlogung mit bestätigt hat.“

Im weiteren Verlauf bestätigt sich, daß das deutsche Weißbuch mit den französischen Reformvorschlügen und sucht den Beweis zu führen, daß Frankreich daran gearbeitet habe, sich die Oberherrlichkeit über Marocco zu sichern. Auch diese Beobachtungen, so richtig oder so falsch sie sein mögen, fallen sämtlich in die Zeit n. a. d. der Kaiserreise nach Tanger. So entsteht der Eindruck, daß man erst verhängnisvolle diploma-

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.
Von Clara Müller-Saakke.

Von meinen ersten Liebern willst Du hören? Mein allererster Geliebter hat sich als Eiebenjährige gemacht. Ich, Du, wie war ich selig! Du denkst, ich habe meine Wohl angeht, die graue Spühmbin in den treuen Augen, auf deren Umarmen ich später ein warmes Herz erwiderte, oder habe mein Abenteuer im Storchnest bezeugen? Nein, mein Lieber, mein erstes Lieb war tiefsternlich, entfangungsbevoll, ahnungs-gitternd ... höre:

„Gewesen ist gewesen,
Dahin, das ist dahin;
Da bist kein Drogen, Flehen,
Kein melancholischer Sinn,
Und auch kein inniglich bitterer Blick
Bringt die Jahre der Jugend zurück.“

Unabhängig meiner Lieber habe ich verzeihen. Dieser Erstling ist meinem Herzen so teuer gewesen, daß er heut noch in mir nachlingt. Gezeigt oder gesprochen habe ich diese Verse niemandem. Nach ihnen kamen Gedichte, deren Rhythmus ich abmah, indem ich den Text von Schillers „An der Quelle sah der Knabe“ mit den Fingern dazu schloß. Eine ganze Weile schrieb ich in Zerknirschung; ohne einen Namen davon zu haben, was Tröden sind. All meine literarischen Bedenken, die mit Vorliebe revolutionäre Stoffe behandelten, hatten dies heroische Werkmah aufzuweisen. Die Opposition lag mir im Blute: die rote Revolution mit Schwereitlung und Sentimentalität hallt in allen meinen Liedern und nennen bis zum nächsten Jahre wider. Der römische Brutus war mein Lieblingsheld. Ich gab es gar nicht schauert, daß er den Cäsar niedergelassen, den ich für seinen lieblichen Vater hielt, immerhin aber schauerlich schön:

„Nomas Krone konnt ich erben,
Nomas Krone wollt ich nicht ...“

Ja, und nun — wenn Du mich schon nach meinen Liebern befragst — nun kommt der allererste Teil meiner Herzensgeschichte.

Der schöne Erich war der erste, hübschende Schatten, den Du in mein Leben geworfen hast. Ein hübschlicher Diergen,

18-jähriger Bengel mit buntem Rodensopf und einem brennenden Wuttemper auf der linken Wangen, der auf dem Gymnasium nicht hatte gut tun wollen und darum in Einzelhaft gebracht worden war. Erfahren in allen dummen Streichen, wurde er mein erster Bekehrter in der Liebe. Als er merkte, daß ich schwärmerisch an dem Heubind hing, der mit dem Leben geteilt hatte, konnte er sich großmütig und gab mit einem Knick hinter die Tür.

Nach diesem Knick habe ich mir lange Zeit den Kopf darüber zerbrochen, ob ich nun eigentlich eine verlobte Braut sei, oder ob der Geliebte erst in Frankfurt und weiten Glacé-Danzschuhen, wie ich das so rührend in den Gartenlaube-Romanen gelesen hatte, die dem Eltern um mich werden müsse. Da diese Werbung nicht erfolgte, so nahm ich den Kollage meiner Beziehung als selbstverständig an und ich mit unglücklicher Besorgung auf meine unentdeckten Spielgefährtinnen hinab. Der schöne Erich aber entpuppte sich als Don Juan. Meine Freundin Anna, die Wäckerstöcher aus dem Nachbarorte, mit der ich mich vor Jahren in Birnemein verlobt hatte, war entschieden hübscher als ich — und viel, viel süßner. Der große „tragische Konflikt“ entstand: „Wußt ich, wie meiner Liebe entgegen um der Freundschaft willen?“

Du siehst, Hetze, Stürmer hatte ich damals noch nicht gelernt. Ernsthafte und bitterlich hat ich mit meinem heißen Herzen gekämpft und meine ersten Liebeslieder dazu gelangen als eine Art beglückter Schlachtgesangs:

Und auch du hast ihn geliebt,
Dem mein Herz in Treuen schlug,
Und die Liebe hat getrennt,
Unser Freundschaft süßen Trug.

oder:

„Ich hab' in meinen jungen Jahren
Verloren meines Herzens Schatz
Und Leid und Schmerz genug erfahren ...“

Ich glaube übrigens fest, daß die beiden mich hintergangen haben. Und wer weiß, ob Anna und ich trotz unserer zärtlichen Freundschaft nicht doch einander die Augen ausgekratzt hätten, wenn nicht das große Schicksal in mein Leben getreten wäre. Mein Vater starb. Unvermutet, nach kaum sechszehntägiger Krankheit, die er sich bei einer Leibespredigt auf jugendlichen Feindbühne geholt hatte, ging der fröhliche Mann dahin, gerade an dem Tage, als unsere Pensionäre aus ihren Hochscholaren zurückkehrten. Und ein gelender Kussstiel, den

der gutartige Junge ausstieß, als er, noch auf dem Wagen liegend, die Trauerkunde erhielt, war das letzte Lebenszeichen, das ich von meiner Kinderliebe empfangen habe.

Als ich zehn Jahre alt war, konnte ich Kärntners Gedichte auswendig. Heut weiß ich, daß nicht der Patriotismus des jungen Freiheitskämpfers es war, der einen hypochondrischen Vintiluk auf mich ausübte, sondern seine trostlose Wut gegen den großen Eroberer. Auch Schillers Mauer, Piesco und Wallenstein haben einen unersättlichen Eindruck auf mich gemacht. In seine Walden wußte ich Wort für Wort und sang sie, obwohl ich vollständig unmusikalisch bin, nach einer selbstgefundenen Melodie fundenlang vor mich hin. Gehe ich nicht geliebt; um den größten aller Revolutionäre zu begreifen, der den Königsdurpur in Felsen riß und den nächsten Anführer auf das Parlament stellte, mußte ich erst wackeln und treiben, mußte durch Ströme von Selbstgegnen sein und selber trogen um des Himmels Dedes gelassen haben.

So lange mein Vater lebte, war ich, trotz der mir angeborenen revolutionären Empfindungen, ein blingläubiges Kind. Mein Vater war kein orthodoxer Mann, er verstand es aber ausgezeichnet, die für sein Alter notwendige geistliche Autorität einer Gemeinde gegenüber zu wahren. Er hat einen merkwürdigen Lebenslauf gehabt. Einem kleinen hinter-pommernchen Dorfe als der Sohn des Gutsherrschers geboren, hat mein Vater bis zum vierzehnten Jahre die Dorfschule besucht — und was toll dieser Besuch um das Jahr 1815 herum bedeutet? In der schulfreien Zeit, die sicherlich nicht zu lang bemessen war, biest ich der Junge auf dem Felde auf, hütete die Schafe und lernte einige Beispiele aus selbstgepommener Welle. In jener Zeit ergoß sich der Strom des Glaubens aus den russischen Steppen über die Ebenen Pommerns und begrub Tausende schwellender Knospen in seinem blutigen Schlamme.

Mein Vater hat mit oft von jener Zeit erzählt, die eine unauflösbliche Spur in der weichen Seele des Knaben hinterlassen hat. Er erzählt von dem zeitlebigen Schwermüder, die vor langem noch so reich und übermütig über die hallenden Steine gelächelt waren und die nun verkommen, — ich und demütig wie ein geistloses Gümbe — ich in die buntesten Schopenhauerdiel verströhen oder am Gartengraum um einen Witten Brotes betteln, und die noch in all ihrer Schmach so unwiderstehlich Liebesswände zu sichselb verstanden —

(Fortsetzung folgt.)

Das die Einsicht der sozialdemokratischen Vertreter der Versammlungen es nicht an Zusammenkünften kommen lassen wird. Allen aber diese Männer heute glauben, auch bei uns Zustände wie in England heraufzubekommen zu können, so wäre es gut, wenn sie sich bis zum 21. Januar zu einer anderen Meinung bekehrten. Ein friedlicher Verlauf der geplanten Volkskundgebungen wäre im Interesse der sozialdemokratischen Partei besser, da bei irgend welchen Komplikationen der Widerstand der Arbeiter gegen den revolutionären Charakter ihrer Kundgebungen gar nicht verfehlt hat. Es sollte bedenken, daß die große Majorität des deutschen Volkes vor ähnlichen Zuständen wie in England bewahrt zu werden wünscht und daß der Staat, solange man wollte, nie zulassen wird, daß auch nur ein Schritt ähnlicher Bewegungen wie beim britischen Nachbar gemacht werde.

Die Polizeikorrespondenz hat zunächst völlig Recht, wenn sie hervorhebt, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes vor russischen Zuständen bewahrt zu werden wünscht; eben deshalb will sie ja am 21. Januar gegen die preussische Reaktion demonstrieren, alle in sich enthält, was bei uns russisch-folisch ist. Es ist auch sehr anerkennenswert, daß sich die Polizeikorrespondenz um die Interessen der Sozialdemokratie so besorgt zeigt und plötzlich ein so großes Vertrauen in die Einsicht der sozialdemokratischen Versammlungen setzt, die sich dieses Vertrauens gewiß würdig zeigen werden. In ihrer politischen Unlogik überließ sie aber völlig, daß gerade nach ihrem Rezept der Einsicht der sozialdemokratischen Versammlungen nur für die Zurechtweisung des Versammlungsleiters stehen kann. Jeder Versuch der Organisationsleiter in eventuelle Strafgewandlungen mit anderer Hand einzugreifen, würde am Ende von ihr als Vandalen, Landfriedensbruch und weis Orth noch alles benannt werden. Die Polizeikorrespondenz überträgt den Einsicht der Versammlungsleiter ganz gewaltig, wenn sie glaubt, jene könnten mit einem gewissen magischen Band jeden Versammlungsbesucher vom Saale bis nach Hause begleiten und dafür sorgen, daß er sich auf dem Wege „ordentlich“ — im Sinne der Polizei — aufrichtet. Die Macht und die Geschäftigkeit der Versammlungsleiter hat ebensogut ihre Grenzen wie die Macht und die Geschäftigkeit der Polizei, ebensowenig wie diese fünf instand eine elementar hervorbrechende Volksbewegung künstlich aufzuhalten. Nur eines allerdings können die sozialdemokratischen Organisationen, wenn es die Polizei nicht mit aller Macht der Unvernunft verhindern würde. Sie könnten nämlich dafür sorgen, daß eventuelle Strafgewandlungen so friedlich und ordentlich verlaufen, daß keine Scheibe gerochen wird und kein Strafbuchnummer eine Verurteilung von einer Minute erleidet. Nur durch ein umsichtiges Draufgehen der Polizei, um wenn friedliche Demonstrationen die Strafbarkeit des Lebens, des Eigentums und des Verheißt streng respektieren, von der bewaffneten Gewalt bedroht und angegriffen werden, dann können die gefährlichsten „Zusammenstöße“ und „Komplikationen“ entstehen, die aber dann dem Ansehen der preussischen Staatsgewalt weit mehr schaden würden als dem Interesse der sozialdemokratischen Partei. Alle Welt, selbst die armen Teufelchen, die im Solde ihrer Unternehmungen alle möglichen finsternen Pläne der Sozialdemokratie erfinden können, weiß, daß die sozialdemokratische Partei jedes gewalttätige Vorgehen verabsieht. Sie will die Mehrheit des deutschen Volkes nicht vorführen, wie es die Junker und Pfaffen des preussischen Reichstagsparlamentes tun, sondern sie will nur die Mehrheit des deutschen Volkes durch wirksame und eindrucksvolle Kundgebungen friedlich davon überzeugen, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eine unaufschiebbare Notwendigkeit geworden ist.

Weider ist die Polizeikorrespondenz mit der Sozialdemokratie nicht einig in dieser friedlichen Einsicht. Aus der Aufwindung, irgend welche Demonstrationen — also auch friedliche und ruhige — würden nicht zugelassen werden, man werde vielmehr „mit aller Macht“ gegen sie einschreiten, spricht ein roher und gewalttätiger Sinn. Darum muß heute schon so klar und bestimmt wie nur möglich gesagt werden: Die Ruhe und Ordnung in Preußen gegen den Reichstag wird am 21. Januar von niemand bedroht sein, wenn nicht von der Einsichtlosigkeit der Polizei!

Deutsch-englische Beziehungen.
In letzter Zeit sind von deutscher wie von englischer bürgerlicher Seite aus Kundgebungen veranstaltet worden, die auf eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen abzielen. Diese Kundgebungen haben von normierten etw. gekünstelt an sich, im Gegensatz zu der Selbstheit zwischen der englischen und deutschen Arbeiterklasse, die ganz naturgemäß aus der proletarischen Klassenlage heraus entstehen muß. Anlässlich der Stellungnahme gewisser Kreise Deutschlands gegen England ist es aber interessant, einmal die Stimmung in England kennen zu lernen. So schreibt Frederic Harrison im laufenden Heft der „Politik“ Review: „Indem ich es ablehne, mich dem „Englisch-deutschen Freundschaftskomitee“ anzuschließen, erkläre ich, daß wir alle für Frieden und internationale Freundschaft sind, aber ich fürchte, daß eine derartige Organisation eher dazu angetan sei, den Krieg zu beschleunigen als zu verhindern. Das französische Gelübde und die Reden der beiden Premierminister stellen es über allen Zweifel, daß die deutsche Regierung in bester Weise und mit höchster Francheit bedroht hat, und nach jetzt sich bemüht, es zu beseitigen und in Verlegenheit zu bringen, und es anzugreifen, wenn der Angriff kein allzu großes Risiko in sich schließt. Das hochgebildete, friedfertige und fleißige deutsche Volk ist ganz außerstande, seine Autokratie zu beeinflussen. Serbische Komplimente zwischen dem englischen und deutschen Volke sind also nutzlos. Das einzige Ding, das den deutschen Militarismus beeinflussen kann, ist das Bewußtsein, daß ein Angriff auf Frankreich die ganze Stärke Englands und wie ich hoffe, auch die ganze Stärke anderer Mächte gegen sich haben wird, um noch die einzige maßvolle Autokratie Europas in ihre Schranken zurückzuweisen.“

Der Mann, der diese Worte schreibt, ist kein junger Stolz und kein Vingo. Er ist vielmehr ein freigelegener Geist, reich an Erfahrung, ein Philosophus des Gemischter Schule. So wie er, denkt der ganze europäische Zivilismus. Der leitende Artikel der „Inetens“ Century behandelt das britische Mißtrauen gegen Deutschland. Der Artikel richtet sich gegen die bekannte Friedensrede des deutschen Reichstages in London und gegen einen Friedens-Artikel Karl Blüms. Der Verfasser sagt: Die Bemerkungen des deutschen Reichstages können nicht durch sich selbst verstanden werden. Sie müssen in Verbindung gebracht werden mit den gleichzeitig abgegebenen wichtigen Erklärungen des Reichstages bei der Eröffnung des Reichstages am 28. November und mit der noch wichtigeren Rede des deutschen Reichstages vom 6. Dezember. Diese laienlichen und halbseitigen Erklärungen über die deutschen Beziehungen mit einer Macht, die

nominal freundlich ist und deren Haltung man als „korrekt“ bezeichnet, sind beispiellos in der Geschichte des internationalen Verkehrs. Die Kundgebung des Reichstages und des Vorabend Wilson wird gewöhnlich bewundert, wenn man am Vorabend der Kriegserklärung steht. Man kann ja gar nicht die Zungen misshandeln, die man von Berlin an uns richtet, wenn man mit dem Rate des deutschen Reichstages in London nicht folgen. Wenn englische Publikum sich geirren fühlen, eine solche Sprache in Bezug auf die deutsche Politik zu führen, so geschieht dies nur, weil sie durch sorgfältiges Studium der deutschen offiziellen Erklärungen und durch sorgfältige Beobachtung deutscher Handlungen zur Überzeugung gelangt sind, daß die deutsche Politik unermesslich Lande festlich ist, ja, daß sie die größte Gefahr, vielleicht die einzige Gefahr für uns ist. Der deutsche Reichstagsleiter und der deutsche Reichstag sind im Irrtum, wenn sie glauben, daß das britische Mißtrauen gegen Deutschland erst in den letzten Jahren entstanden sei. Vor mit liegen Briefe, die zwischen Lord Lytton (Vizekönig von Indien), Lord Salisbury und Sir Henry Hamilton im Jahre 1877 geschrieben wurden. Im Juli dieses Jahres schrieb Lord Lytton: „Ihren sehr interessanten Briefe lasen Sie, daß die Regierung entschlossen ist, es zu keinem Frieden mit Russland kommen zu lassen, bis der Reichstag sie, sie werde früher oder später die russische Hilfe gegen Deutschland brauchen, da dieses als der kommende gefährlichste Feind Englands betrachtet wird.“ Angesichts eines solchen Beweises ist es unnötig, die Behauptung aufrecht zu erhalten, daß die deutsch-englische Spannung erst in letzter Zeit durch verschiedene Unbilligkeiten hervorgerufen worden sei. ... Man möge es sich in Deutschland merken: Es gibt eine Grenze, über welche hinaus es gefährlich ist, unter zu spotten oder unter zu drohen. Spottworte vom deutschen Reichstag sind die Drahtsäure, die bewaffnete Männer hervorbringen können, ebenso wie dieselben Worte bereits Unreinheit hervorgerufen haben.“

Gegen die Biersteuer
protestierte in Köln eine vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter einberufene, staatsrechtliche Versammlung. Die Versammlung erklärte die höhere Besteuerung des Bieres und die Erhöhung der Brauereiarbeiter als eine Maßnahme gegen die Erhaltung Tausender von Arbeitern.

In Berlin veranstalteten am Sonntag die vereinigten Gewerkschaften der Deutschen Sozialdemokratischen Partei eine Protestkundgebung gegen die Brauereiarbeiter. Vertreten waren 6000 Delegierte von 9200 in sechs Verbänden organisierten Gewerkschaften. Nach einem Referat des Reichstagsabg. Dr. Wimmer nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die am 8. Januar 1906 im großen Festsaal der Neuen Welt verammelten 6000 Vertreter des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes aller Teile des Deutschen Reiches teilgenommen haben, erklären:

Die von der Regierung geplante Erhöhung der Biersteuer ist eine zu ungeheure Belastung unseres Wirtschaftslebens, daß mit ihrer Annahme nicht nur das Brauergewerbe sondern auch das Berggewerbe und alle damit in Verbindung stehenden Berufe der wirtschaftlichen Vernichtung preisgegeben sein würden. Schon heute ist das Berggewerbe mit Steuern in einer Weise überlastet, daß es keine weitere Verbesserung mehr zu erlangen vermag. Sollte aber wirklich eine neue Belastung des Berggewerbes eintreten, so würde das Berggewerbe genötigt sein, die Arbeiter auf das höchste abzumähen, welche ihm so brüderlich gerade auf die Hinterbeine treten würden, als es sich hier um einen Konsumartikel für die breitesten Bevölkerungsschichten handelt. — Die Gewerkschaften sind bereit, ihren Anteil an den Lasten der nationalen Wohlpolitik und unserer Volkswirtschaft beizutragen; aber sie vermahnen sich gegen jede weitere Sonderbelastung. — Die Versammlung erntet ein Attentatskomitee mit der Aufgabe, mit allen gesetzlichen Mitteln jede drohende Belastung von dem Wirtschaftsleben abzuwenden. Sie hat das Vertrauen zu der Weisheit des hohen Reichstags, daß er einmütig die Zustimmung, eine so hohe Steuerlast an einen wirtschaftlich auf Schwachen Füßen stehenden Beruf aufzubürden, ablehnen wird.“

Der Regierung wird dieser loyale Protest natürlich mächtig imponieren.

Das fällige Dementi. Die nie verlassende Dementiermaschine, die R. v. d. A. 11. g. 1. g., schreibt: Gegenüber ausländischen Vätermedien von einer im intimen Kreise gehaltenen Neujareshede des Reiches, aus der unter Bezugnahme auf die bevorstehende Parlamentsferien ein deutsches Säbigerfell hervorgegangen habe, können wir erklären, daß eine Neujareshede dieses Inhalts selbst im intimen Kreise nicht gehalten worden ist. Die Wahrheit an die kommandierenden Generale ist ein bündelischer Kater gewesen, und Politik und auswärtige Fragen sind darin nicht berührt worden.

Keine Panzerfahrer zu Marokkosouveränität. In einem offiziellen Telegramm erklärt die Köln. Ztg., daß in maßgebenden Kreisen von der Ansicht, ein Kreuzerführer nach Algerien zu senden, nicht das geringste bekannt ist. Es sei auch schwer ersichtlich, welchen Grund Deutschland haben könnte, bei Algerien oder in dessen Umgebung seine Flagge zu zeigen. Das stimmt schon, aber seit der Tanger-Reise muß man bei uns auch jetzt gefaßt sein.

Die „trochene Guillotine“ in Sachsen. Die sächsische Justiz arbeitet mit Eifer weiter an der Errichtung des Staates von den suchbaren Verbrechen, die es gewagt hatten, an den Straßendemonstrationen teilzunehmen. Die Strafkammer in Dresden verurteilte am Montag den Kaufmann So. m. s. d. o. f. zu einem Jahr drei Monaten und drei Wochen Gefängnis wegen eines Verbrechen, die es gewagt hatten, an den Straßendemonstrationen teilzunehmen. Alle drei Verurteilten sitzen an den Straßendemonstrationen in der Nacht des 17. Dezember teilgenommen.

Reint die sächsische Reaktion würdlich, mit solchen Justizaktionen die Wahlrechtsbewegung erschicken zu können?

Großes Meinmachen im sächsischen Reaktionskammer. Der Präsident des sächsischen Ministerrats v. Meißner selbst ist auch die Deutsche Zeitung, die bisher stets energisch alle dahingehenden Nachrichten demontiert hatte. Staatsminister von Meißner wurde wahrscheinlich nach dem Banksturzschluß aus dem Amt scheidet. Ebenso sei es kaum wahrscheinlich, daß der Kultusminister von Semlow, der fast völlig seine Sprache verloren habe, wieder in sein Amt zurückverwiesen. Außerdem werden auch die Reichshauptleute von Dresden und Leipzig wegen hohen Alters binnen kurzem in den Ruhestand treten. Die Herrschaften sind, obwohl sie von edelmütigen Polizeigeist erfüllt sind, der Reaktion noch nicht „schmeißig“ genug und wollen jüngeren Kräften Platz machen, die die „Ranalle“ ebenfalls anspandern verstehen.

Wegen Kaiser-Beleidigung wurde in Dortmund der polnische Arbeiter Edmund zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die gewöhnlich der Partei-Beleidigung-Prozessen lag auch hier eine gemeine Demagogie vor. In diesem Falle war der Beschuldigte ein früherer Schöffe der Stadt, der im Streit mit ihm weggezogen war und nach Monatsfrist Anzeige erstattete. Der Verurteilte kam wieder lesen noch schreiben, wird sich also der Tragweite seiner Worte kaum bewußt gewesen sein.

Deutsche und englische Arbeiterverhältnisse. Es ist interessant, hielt sich vor kurzem in Berlin eine private Untersuchungskommission auf, die zum Teil aus englischen organisierten Arbeitern bestand und deren Aufgabe war, die deutschen Arbeiterverhältnisse zu studieren. Die Resultate dieser Untersuchung sind nun von zwei Seiten in schwindelnder Weise ausgebreitet worden: zunächst von den bürgerlichen Parteien Deutschlands, die behaupten, die englischen Arbeiter hätten sich gar nicht genug wundern können, wie gut es ihren deutschen Kameraden gehe, dann aber auch von den konservativen englischen Schutzgöllinnen, die in ihrem gegenwärtigen Wahlkampf behaupten, der englische Arbeiter sei schlechter bezahlt als der deutsche, und das sei eine Folge der liberalen Freihandelspolitik. Nun hat ein Mitglied jener Kommission, der Sekretär der englischen Metallarbeitergewerkschaft, Davis, in der Birmingham Daily Post das Wort ergreifen, um den Schwindel zu widerlegen. Davis schreibt kurz und klar: „Unsere Arbeiter und Arbeiter verdienen 40-60 Schilling pro Woche, die in Berlin 27-30 Schilling pro Woche. Unsere Juristen bekommen 245 Schilling pro Woche, die deutschen sechs Pence pro Stunde!“

Diese einfache Feststellung wird man auch den deutschen Ordnungsparteien entgegenhalten dürfen, wenn sie sich wieder einmal auf die Ergebnisse der englischen Untersuchungskommission berufen wollten.

Zur Verzeiwung getrieben? Beim „Langsamem Schritt“ ließ der Tennant-Gesellschaft einen Vertreter der zweiten Kompagnie der Antier-Regiments Nr. 162 in Wiesbaden wegen unzureichender Leistung zurückgehen. Darauf schlug dieser mit dem Generalkommando der zweiten Kompagnie den Kopf, so daß der Offizier blutüberströmt zusammenbrach und ins Kommando geschickt werden mußte. Er hatte am Morgen bereits seinen Unteroffizier tödlich angegriffen.

Ueber den Vorfalle wird weiter aus Lübeck gemeldet: Der Angestellte, in seinem bürgerlichen Beruf ein Zimmergelehrter, Herr Gloy, ein tüchtiger Arbeiter, wurde am Morgen des 17. d. M. in Wiesbaden, da Herr Gloy ein bei der Mannschaft allgemein sehr beliebter Offizier war. Auf die Meldung des Falles forderte der Kaiser telegraphischen Spezialbericht ein.

Soldaten-Selbstmord. Zwischen den Stationen Radezyn und Budzitzki sprang der Jüngerer H. Hammerling vom 157. Regiment in Breg, der vom Weindurst übermüdet zurückgefallen war und deshalb von einem Unteroffizier abgeholt wurde, aus dem Zuge. Er erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Die neueste Verurteilung aus Sibirien meldet: Am 17. d. M. gestorben: Reiter Sydmarck aus Posen und Reiter Kaiser aus Westfalen.

Inselnd.

Letztes. Die Wahlreform ist jetzt in das Stadium des Markens und Feldens zwischen der Regierung und den Parteien eingetreten. Die Regierung scheint sich ziemlich klar zu sein, in welcher Weise die Wandel unter den verschiedenen Nationen zu verteilen sind, und so beginnen die Verhandlungen mit den Parteien. Nach dem Abzuge Roving soll die Wahlreform die Zahl der Abgeordneten auf 448 Mitglieder erhöhen, die sich auf die einzelnen Kronländer folgendermaßen verteilen: Galizien 95, Wöhman 115 (davon 69 Litauern, 46 Deutsche), Niederösterreich 52, Mähren 43 (davon 26 Litauern, 17 Deutsche), Steiermark 28 (davon 17 Deutsche), Tirol 20, Schlesien 12 (davon 2 Litauern, 2 Polen, 8 Deutsche), Krain 11, Kärnten 10, Dalmatien 10, die Bukowina 9, Galizien 6, Litauen 5, Triest 4, Görz 4, Bessarabien 4. — Das sind allerlei noch Kombinationen, wenn auch manches davon richtig sein mag.

Der vassige Widerstand im Volk-Parlamenten am 12. d. M. hielt auch Montag noch an. Sonntag wurde die freiwillige Rettungsgesellschaft ins Amt gerufen, um 18 Beamten und Beamtinnen Hilfe zu leisten. Die Ärzte fanden die Hilfsbedürftigen teils ohnmächtig, teils von Krämpfen und Aufregungszuständen behaftet vor. Die Patienten erklärten den Ärzten, daß sie infolge Überarbeitung erschöpft zusammengebrochen seien.

Ueber einen Streit-russischen Grenzjäger sind folgende Meldungen:

Bei der Verfolgung einer Haisjagd gelangte der Sohn des Rotars Golewicz aus Ulyno mit zwei Waldhüttern an die russische Grenze, wo sie den Rotarsjäger nach der verschwundenen Spur fragten. Der Rotars begann ein Gespräch mit Golewicz, von dem er schließlich Zigaretten verlangte und das Golewicz abnahm. Darauf legte er, mit der Ordnung zu schreien, den Rotars ab und Golewicz an. Als dieser schlief, ließ ihn der Rotars ins Bein, so daß er 88 Schritte von der russischen Grenze zusammenfiel. Dann wurde der Beschuldigte von mehreren Kosaken über die russische Grenze geschleppt, von wo er erst am folgenden Tage durch seine Mutter befreit wurde. Antike Anzeige ist bereits erstattet worden.

Ein Offiziersstandal. Der Oberleutnant und Regimentsadjutant des Division-Regiments Nr. 8 in Krakau, Rudolf Baste, wurde verhaftet. Die Verhaftung hängt mit der Untersuchung einer größeren Summe aus der Regimentskasse in Beziehung, die Polite sich zuzuschicken kommen ließ. Der Verhaftete entließ sich im Garnisons-Arrest durch Erhängen. Der Cas berichtet, daß sich infolge derselben Diebstahls-Affäre auch der rangälteste Hauptmann Rudolf Dielenburg erschossen hat.

England. Die irische Partei und die Arbeiterkandidaten. Wie die Liberalen, so erwiesen sich auch die Irlande mehr und mehr als unzuverlässig gegenüber der Arbeiterpartei. Um den großen Unzufriedenheiten Englands (siehe meine Aufzählung von Irlands, dem irischen Partei) den Parteien von großem Belange ist die Arbeiterkandidaten. Irische nationale Kandidaturen haben ihre Aussicht auf Erfolg, die Irlande haben deshalb ihre Stimmen in solchen Fällen in der Regel den Liberalen gegeben, sofern sie in Bezug auf die irischen Forderungen Konzeptionen machten. Nachdem sich nun eine unabhängige Arbeiterpartei gebildet hat, sollte man erwarten, daß die irischen Irlande ausnahmslos für die Arbeiterkandidaten eintreten. Das ist jedoch durchaus nicht

Beilage sind die letzten bis zu 50 Prozent bestreiten. Die dem vollkommene Arbeitsethik gestattet, daß jedermann beschäftigt werden kann. Das Organisieren geht hier ebenfalls sehr langsam vor sich; oft hat man selbst in größeren Betrieben nur fünf bis sechs Organisierte. Die Arbeitsverhältnisse sind zwar; die Auszahlung ist hier gering. Die Löhne sind der Höhe von sieben Mark pro Woche sind in Leipzig nicht schlecht. Dazu herrscht ein raffiniertes Straßensystem, das die elenden Löhne auf jeden Fall zu fügen sucht. Alle Freizeite werden selbst bei Wochenlöhnen abgezogen. Hier muß man vor allen Dingen zu organisieren suchen. So immer es auch wird, doch ist die Bewegung hier ausschließlich nur bei einem allgemeinen Fortschritt der gesamten Arbeiterschaft zu erhoffen. (Beilage.)

Vor Eintritt in die Diskussion erstattet die Randbets-Prüfungskommission Bericht. Dabei wird festgestellt, daß aus Berlin zwei Votorenorganisierte als Gäste sich angemeldet haben. Es entspinnt sich dabei eine kurze Debatte. Der Redakteur Dr. S. u. a. führt aus, daß die Arbeiter sich in Berlin nicht selbst in die Bewegung einmischen wollen. Die Arbeiter sind aber auf unseren Verhandlungen, doch sie in der Zukunft den Kampf gegen uns nicht mehr führen. Wollen sie nicht zu uns kommen, dann sollen sie wenigstens die Geschäftsleiter einschleichen. Der Kampf, den wir zu führen haben, liegt auf einem anderen Gebiete als im Kampf gegen die Arbeiter selbst.

Siedler: Berlin: Wir Berliner sind selbstverständlich damit einverstanden, daß die Votorenorganisierten hier als Gäste bleiben. Wir wissen aber schon im voraus, daß dieselben sich auch durch Deinhardt's Worte nicht abbringen lassen werden, und Knappel zwischen die Beine zu treten. Es macht den Votorenorganisierten sehr Freude, wenn sie uns einen Sachverhalt abwarten können. Ich bitte, wenn die Diskussion in einer der beiden Säle und Abmündungen in der Krautengasse. Die zwei Vertreter beschäftigen 113 Arbeiter, organisiert sind 50. — In Rudolfsd. sind in vier Betrieben 108 beschäftigt, aber nur 38 organisiert. — In Müch. n. haben sich die Kollegen Mühe gegeben, aus der Umgebung näheres zu erfahren, doch es ist nicht recht gelungen. In Rudolfsd. ist ein Arbeiter, so hatten wir hier 87 Beschäftigte, die Arbeitsethik ist beliebt 53 1/2 bis 56 Stunden, der Lohn etwa 27 Mark im Durchschnitt.

In Müch. n. selbst beträgt die Arbeitsethik neun Stunden, gearbeitet wird aber 14—15 Stunden von Leuten, die christlich organisiert sind worden. Die Löhne schwanken sehr. 21—44 Mk. sind im Allw. verdient worden, dagegen hat aber auch ein Heringspottler nur 18 Mark herausbekommen. In S. u. a. sind 552. Bei neunhundert Arbeitsethik werden die Löhne von 22 bis 30 Mark gezahlt. Es herrscht noch das Unwesen der Zwischenmeister, die große Ausbeutung treiben. Es sind etwa 76 Zwischenmeister, die immer je 10 bis 12 Kollegen auf sich haben. Ein solcher Zwischenmeister hat im Jahre 3600 Mk. Einkommen gehabt, während die Arbeiter bei ihm nur 24 Mark erhalten. In zwei Betrieben sind immer zu betreiben, doch läßt sich vielleicht mehr erreichen durch Pausenregelung und durch die Einrichtung, in jedem Bezirk Vertrauensmänner zu bestimmen, in größeren Betrieben soll man sogar in jedem Stockwerk solche Leute haben.

In S. u. a. beträgt die Arbeitsethik zwischen 58 und 68 Stunden. Die Überstunden sind hier äußerst zahlreich, von 175 Arbeitern sind 1904 allein 14 936 Überstunden gemacht worden ohne jegliche Entschädigung. In zwei Betrieben kommen in diesem Jahre 5 Prozent Lohnminderung durchgehende werden, der Durchschnittslohn beträgt 18 Mk. 38 Pf. In den Manufakturbetrieben steht es schümig, die alten Leute sind da vorberufen. Hier wird es erst besser, wenn mal die Alten ausreisen; aber auch das wollen sie nicht. (Geheiterkeit.) Einer der Alten hat sogar in der Fabrik geschlafen, um früh der erste am Werke zu sein.

In Hannover sind in den drei Betrieben von den 165 Beschäftigten 158 organisiert. Die Arbeitgeber beziehen ihre Leute nur aus dem Arbeitsnachweis des Soljarbeiter-Verbandes.

In Göttingen hat sich die Arbeiterindustrie erst in den letzten Tagen gehoben. Der eine Arbeiter am Orte beschäftigt 81, von denen 75 organisiert sind. Überstunden gibt es nicht, die gute Organisation hat auch sonst leidliche Verhältnisse geschaffen.

Deinhardt: Halle a. S.: Drei Betriebe beschäftigen hier 50 Mann, organisiert sind 36. Die Löhne schwanken zwischen 17 bis 30 Mk. Überstunden werden keine gemacht.

In Breslau soll 9 Stunden gearbeitet werden, aber bis 15 Stunden werden gefordert; die alten Kollegen wollen sich nicht organisieren. — In Eisenberg wurde ein Streik durch Bemühungen der Unternehmer verhindert. — In Weimar wird für Überstunden kein Aufschlag gezahlt. — In Braunschweig sind die Überstunden aber nicht ausgedrückt, es gibt es 25 Pro. Aufschlag für Überstunden. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer benutzt, wird als Streikbrecher betrachtet. — In Gera erhalten drei Mann nur 13 Mark wöchentlich; Weinhandlungsorganisationen gibt es bis zu 120 Mk. Arbeiterinnen erhalten 7—8 Mk. — In Ebersdorf hat sich ein Kollege geäußert, er habe in einer Woche nur 28 Stunden gearbeitet. Die „Schlichter“ erschrecken den Fortschritt.

Thielmann: Eisenberg: Hier besteht eine Fabrik mit 182 Arbeitern; durch den letzten Streik sind einige Vorteile erzielt worden.

In Berlin sind 209 Betriebe mit 6778 Arbeitern, organisiert sind davon nur 1740 im Verband. Die Statistik ist allerdings nie genau, da von anderen Organisationen (sonst davon gearbeitet wird, das Statistiken nicht ausgefüllt werden. Der Göttinger hat auch den Weg erklärt, daß die meisten Mitglieder die von uns ausgegebenen Karten nicht ausfüllen dürfen. Es hat danach eine Vermittlung durch die Vertrauensmänner stattgefunden. Bei uns sind leider noch Läufern indifferent. Für uns können in der Hauptsache 120 Manufakturbetrieben in Betracht mit 3349 Kollegen, von denen 1131 organisiert sind, aber nicht ausschließlich im Verband lebend, auch in anderen Organisationen. Man wollte auch in Berlin weibliche Personen einschließen, es hat sich aber nicht als vorteilhaft erwiesen, beschäftigt ist nur 33 weibliche Arbeiterinnen. Die Arbeitsethik ist zwischen 51 bis 54 Stunden, in einigen Fabriken sogar noch unter 50 Stunden, eine Fabrik hat 56 Stunden. Überstunden werden sehr, nur noch weniger gezahlt, da wir uns entschieden weigern, welche zu machen. Hier stehen auch auf dem Standpunkt, daß es nicht konsequent ist, Aufschlag auf Überstunden zu verlangen, da letztere dadurch nur schwächer gemacht werden. Man soll sie gänzlich vermeiden. Der letzte partielle Streik hat eine gewisse Bedeutung, die zwischenarbeiterliche mit ihrer Barmherzigkeit, die für die letzten Fabriken arbeiten, sind in Berlin vorhanden. Bei einigen sind bahngewerkschaftliche Verhältnisse durch die gute Organisation geschaffen.

S. u. a.: Zeit berichtet, daß in Zeit in der letzten Zeit einige Erregungszustände zu verzeichnen seien in Verbindung der Arbeitsethik und Erhöhung einer Artikel. Bei allen Bewegungen sei man Hand in Hand mit den Fabrikanten gegangen. In Zeit sind 21 Fabriken, 700 Beschäftigte und 326 Organisierte.

In Göttingen wird durch Überstunden ein höherer Lohn erlangt. — Auch in Hildesheim erlangen die alten Arbeiter die Fortschritt der Organisation. — In Meichen und Alsfeldburg sind die Verhältnisse unbeschreiblich. — In Göttingen werden 51 1/2 Stunden, Stundenlohn und 58 Prozent Aufschlag gezahlt; die Arbeiter sind von 27 auf 33 Stunden herangezogen; im neuen Jahre hofft man den Achtstundenbetrieb zu erreichen. 24 Mk. ist Mindestlohn. Für die ersten beiden Überstunden werden je 15 Pf. Aufschlag gezahlt, für jede andere 30 Pf. — In Leipzig sind von den 1535 Arbeitern in den 16 Fabriken 627 organisiert. Bei dieser ist die Organisation sehr langsam. In S. u. a. wird der Lohnsatz alljährlich festgelegt.

Ansatzung sind nach der Berichterstattung auf der Konferenz vertreten: 15 265 Arbeiter in etwa 380 Betrieben; organisiert sind davon im Soljarbeiterverband 6066 Arbeiter. Nach der Berichterstattung wird Redakteur Deinhardt einige Angriffe verurteilt; Redner auf die Soljarbeiter-Str., die nicht genügend Material geliefert haben oder einleitende Artikel zur Konferenz zu früh gebracht haben, aus. Es sei durchaus unrichtig, daß man antwortet, der Vorstand sei Autor oder Inspizitor der Zeitung. Der Vorstand ist lediglich verantwortlich für das, was er sagt, er ist nicht die Redaktion ist in jeder Beziehung selbständig. Beirats der neuabgetreten Artikel solle man der Redaktion dankbar sein für die mühselige Arbeit, die die Zusammenstellung erfordert habe, nötig seien die Artikel vor der Konferenz gewesen. Deinhardt erklärt weiter, daß es manchmal so gelungen habe, als wenn man die wichtigsten Arbeiter nicht haben würde, aber wenn die Arbeiter nicht, das kann nur der Gesamtzustand eines modernen Arbeiters sein. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin müssen sich Arbeit nehmen können, die ihnen zuzuführen; für uns kommt nur in Betracht, daß sie für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, der zu einem menschlichen Dasein reicht. Das ist für alle Arbeiter in der Arbeiterbewegung ein Ziel, auf dem wir uns nicht erst anderen Verbänden überlassen. Unter den weiblichen und jugendlichen Arbeitern soll man besonders aufpassen werden. Die Berichte aus Eisenberg, Halle, Göttingen, wo die Fabrikation noch verhältnismäßig jung ist, beruht darauf hin, daß die Fabrikanten nur durch soziale Reize bestimmbare Arbeiter, die sozialfähig zu bleiben. Das müsse den Arbeitern geben, bessere Löhne zu erringen. Die Organisation soll vor allen Dingen mit aller Entschiedenheit ausgebaut werden.

Leipzig, Verbandsvorsitzender, muß ebenfalls einige Bemerkungen zur Konferenz. Der Vorstand könne nicht immer geeignetes Material zur Hand haben, das er selbst geordnet, die Redaktionen die Delegierten schicken, sie müssen sich selbst informieren, um die Interessen ihrer Mandatgeber gehörig zu wahren. Man solle auch immer solche Delegierte wählen, die gründlich in die Betracht kommenden Dinge kennen. Der Vorstand tue alles, was er machen kann. Die Kollegen müssen selbst mit Hand an Werk legen, das es besser werde. (Beifall.)

Ein Antrag aus Göttingen wird durch die Durchführung eines allgemeinen Lohnstreiks wie etwa bei den Buchdruckern. Bei Rüstungsarbeiten soll im Herbst ein allgemeiner Arbeiterstreik ausbrechen. Der Antrag wurde beifällig, in seinem zweiten Teile zurückgezogen und sein erster Teil abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Berlin, daß die wöchentliche Aufschlagzahlung bei 50 Stunden, davon müssen sich vor allen Dingen die Delegierten nach dem Inhalt der Statuten und Arbeitsethik überall möglichst einheitlich gehalten werden sollen zur Vereinfachung der Schmutzrechnungen, ferner ein Antrag Hannover und Hamburg, daß auf Bezahlung der Überstunden hingearbeitet werden soll, und dieselben nur gegen Aufschlag gezahlt werden; hundert bis zweihundert länger als eine Woche, so ist die Zustimmung der Zahlungsverwaltung einverstanden. Angenommen wurde auch ein Antrag Stuttgart, daß jedem Arbeiter der den Verhältnissen entsprechende Lohn garantiert wird. Lieber als Zwischenmeister-Vorteil, das der Selbstständigkeit und dem Vorwärtskommen der Arbeiter hinderlich ist, soll dahin gearbeitet werden, daß auch mit diesem unwichtigen, nicht mehr der Zeit entsprechenden Verhältnis aufzukommen wird. Damit schloß die Konferenz, die von 10 bis 1/2 Uhr und von 3 Uhr nachmittags an getagt hatte, abends nach 8 Uhr die Arbeit des ersten Tages.

Halle und Saalkreis.

Call, 9. Januar.

Aufsatz.

Im Inerateniel unseres Blattes brachten wir längere Zeit die Anzeige der Firma Annau in Göttingen betr. Stridmaschine Bienenort. Auf die vielfachen Klagen aus unserer Kreisreise, daß die Beschreibungen der Firma, man könne 5 Mk. und mehr pro Tag mit der Maschine verdienen, nicht zutreffen, erließen wir schließlich eine Warnung, nicht auf die Angebote der Firma hineinzufallen. Wir stülten uns zu dieser Warnung um so mehr berechtigt, als in Göttingen eine zu Tausenden glänzende Verarmung von Geleimten stattgefunden hatte, welche beim Staatsanwalt Strafantrag stellten. Nachteilig unterließ für die Folge auch die Anzeige. Nun hat die Firma gegen unsere Kollegen Vorkauf als verantwortlichen Redakteur wegen Beleidigung Strafantrag gestellt. Am Mittwoch, den 10. Januar, also morgen, findet vor dem hiesigen Schöffengericht ein Verhandlung statt. Hierdurch bitten wir alle diejenigen, welche Stridmaschinen gekauft haben, uns in unserer Beweisführung beizustimmen zu sein und uns sofort Mitteilungen über ihre Erfahrungen zugehen zu lassen.

Erst den Stadtverordnetenversammlung.

Zum ersten Male seit Jahren war gestern ein vollständiges Stadtverordneten-Kollegium mit 66 Mitgliedern vorhanden, und außer dreien waren auch alle amts. Oberbürgermeister Staudt diesmal seine Einführungsrede weiter aus als sonst. Er tritt beifällig die Mühe in den Rubel und benutzte die Gelegenheit, sich selbst und seiner Tätigkeit ein Loblied zu singen. Die Stadtverordneten und die Zuhörer auf den dichtbesetzten Galerien vernahmen taunend aus dem Munde des Herrn Staudt, daß die Bürger jetzt weniger Steuern zu zahlen haben als vor 25 Jahren, als Herr Staudt sein Amt austrat. Die Rechnung, welche Herr Staudt für seine blühende Bekanntschaft aufmachte, war zwar stark verlausert und ziemlich schleierhaft, sie würde in ihrer Allgemeinheit eine sorgfältige Nachprüfung auch nicht Stand halten können; da es aber Herr Staudt ein Verzeihbedürfnis zu sein schien, so sei ihm das Vergnügen vergönnt. Die Zahl seiner Gläubiger wird freilich nicht groß sein, und kein Schwammeneisung kann nicht gewöhnlich, was sich seit Jahren schlechter hat. Zwei Minuten nach Ende seiner Rede hat Herr Staudt den vier hiesigen hiesigen Berichtshatten den Wortlaut seiner Ausführungen kopiert überreicht. Unser Berichterstatter wurde zu keinem tiefen Schmerz übergegangen. Bei der Bureauwahl wurde der bisherige Vorsteher Prof. Dittnerer mit 60 von 63 Stimmen wiedergewählt. Boriges

Jaar gaben vier hiesige Oberbürgermeister aus den hiesigen Reihen bei seiner Wahl weisse Bettel ab; seine Geschäftsstimmung machte ihnen zu objektiv sein. Diesmal gingen ihm außer seiner eigenen Stimme nur zwei Stimmen verloren. Unsere Parteigenossen haben ihn gewählt, während sie bei Wahl der anderen Bureaumitglieder die bisherige Praxis beobachteten und weisse Bettel abgaben, was solange geistlich, als unsere Genossen grundsätzlich bei Befragung der wählbaren Kommissionen übergegangen werden.

Unter den Engägungen befindet sich ein Protest zahlreicher Bewohner des Strassenbrettes gegen die Betätigung des bürgerlichen Gemeinrats durch Maurermeister Friedrich, der den einzigen Jugungsamt von Mannsheim Wege aus doppelt bezahlte. Bei Wahl der Kommission, welche die Vorstände für Befragung der in nächster Zeit zu erennenden Kommissionen zu machen hat, wollte Stadtr. Herr Koll auf den gewählten Herrn Diegel beifällig wissen, und tatsächlich erhielt Herr Diegel auch 32 von 63 Stimmen, also die Mehrheit, freilich die denkbar knappste. Die Hamburger, die ja von vornherein mit der Beamtensliste der Herr Diegel angehörte, sympathisierten haben, dokumentierten also durch ihre Abstimmung, daß sie mit den gewählten Beamten Hand in Hand gehen und die neuen Kollegen gegen die kommunalvereinigten Neumärker ausspielen wollen. Der geführte Anfang war die viererrede, und mit zührender Selbsthingabe haben gefahren sogar verschiedene Herrn, die sich sonst zum Neumärker Flügel zählten, zu den 32 Stimmen für Herrn Diegel beigetragen. Sie verdienen noch immer nicht das Wort; auch der Selbstmord wird zum Kalter, wenn er zur Gemeintheit wird.

Im übrigen wurde die Tagesordnung von 26 Punkten restlos erledigt; 17 derselben blieben ohne Debatte. Bei Wahl der Delektierten zum außerordentlichen Provinzial-Städtetag in Brauburg wurde Stadtr. Koll der mit vorgeschlagen war, ziemlich unwillig, weil gewisse Ziele ihm über seine Stellung zur Gemeinverwaltung auf den Lohn fühlte und unter Beifall der Versammlung bemerkte, daß nationalliberale Programma des Herrn Koll mache ihm kein Herr Koll sich der Frage aus und bemies dadurch am besten, wie berechtigt die Frage gemein war. Gewählt wurde er trotzdem.

Bei der demnächst beginnenden Beratung des Rammereitshausfalls wird sich zeigen, wie die neuen Beamtenslisten werden. An Gelegenheit wird es ihnen nicht fehlen. Ho Rhodus, sie salut!

Die Wildereraffäre.

die sich am Morgen des 19. November vergangenen Selbstmords und Hornburg im Walde Nonnenbruch zugewendet hat, und bei der der hiesiger Gruener erstoffen wurde, hat heute dem Schöffengericht zur Beurteilung vor. Den Vorsitz führt hiesiger Direktor Rade; die Anklage vertritt Staatsanwalt Hartmann; als Verteidiger fungieren die Rechtsanwältin Herzfeld und die Justizräte Käthe und Bane.

Als Angeklagte wurden aus der Haft befreit der 30jährige Bergarbeiter Otto Hilbrandt, verheiratet, Vater von einem Kinde, bisher unbestraft, der 30jährige Bergmann Karl Defekt und der 38jährige Hilfsweidenfleter Friedrich Wäldchen, sämtlich aus Hornburg. Die drei Angeklagten werden beschuldigt, im Jahre 1905 im Walde Nonnenbruch gemerds- und gewohnheitsmäßig gemerdt zu haben. Hilbrandt wurde außerdem beschuldigt, daß er den tödlichen Schuß auf den Förster abgegeben und Defekt den Hilbrandt dazu angeflusst habe. Schließlich wird Wäldchen das noch verächtliche Verstoßlogs beschuldigt, da er ebenfalls einen Schuß nach dem Förster abgegeben hat, der aber nicht traf.

Die Angeklagten sind teils gefällig. Hilbrandt erzählt, daß er mit den Mitangeklagten in einem Hause wohnte und wiederholt mit beiden gejagt habe. Alle drei waren im Besitz von Gewehren und die Beute wurde geteilt und gegessen. Am Sonntag, den 19. November, früh gegen 10 Uhr gingen die Angeklagten in den Wald. Hilbrandt erklärt, er habe immer gefolgt, daß die Wilderer einmal tief gehen würde. Hilbrandt fügte ein Augengehör, 9 Millimeter Durchmesser, bei sich. Am Waldrande entdeckte die drei ein Rindvieh. Da auf einmal in der Nähe eines Wäldchens eine riesige hinter eine Stimme: „Gemehr weg, einmessen.“ Es war die Stimme des hiesigen Gruener Defekt, wollte ausbrechen, so behauptet Hilbrandt. Als dann noch einmal der Ruf erkante: „Gemehr weg“ habe Defekt gelagt: „Das schiefte.“ Darauf habe Hilbrandt angelegt und nach dem Förster geschossen, der dann getroffen zu Boden fiel und laut fliegte. Es sei dann noch ein zweiter und ein dritter Schuß; letzteren hat Wäldchen abgegeben, er will jedoch damit den Förster nur zurückgeschreckt haben. Nach dem Geschehense liefen die drei Täter durch den Wald nach Hause und trafen sich wieder in der Defektischen Wohnung. Dort beschloffen sie zunächst ihre Gewehre zu „verpaddeln“. Hilbrandt soll die Redensart getan haben, er habe den Förster in „den Wanst geschossen.“ Auch Wäldchen habe sich damit befreit, dazu beigetragen zu haben. den Förster unabsichtlich gemerdt zu haben. Man sagte, der Förster werde wohl nicht wieder aufleben. Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion noch fort. Der Zuhörerraum ist überfüllt.

Der Zeitschriftenkatalog von Rudolf Woffe ist soeben zum 39. Male erschienen und präsentiert sich wieder in bestem Ausstattungen.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters. Mittwoch, nachmittags 3/4 Uhr, letzte Aufführung des Märchen Darröcken zu kleinen Schiller-Bräutigam. Der Verkauflerthe beginnt am Mittwoch früh 10 Uhr. — Mit einer befehnastesten Fülle, den Theaterdirektor Strieie in Schönbäus Edmand Der Raub der Sobinerinnen, verabschiedet sich morgen Abend Herr Carl Wilhelm Müller nach seinem diesjährigen erfolgreichsten Aufenthalt in Göttingen. In der Aufführung, die Herr Müller diese Woche zum 112. Male spielen wird. Für dieses Waldfest sind schon zahlreiche Billets-Vorstellungen eingegangen, es ist daher zu raten, sich der noch vorhandenen Stige möglichst frühzeitig zu verschaffen. — In der für Donnerstagabend angelegten Johanna-Aufführung, welche um 7 Uhr beginnt, wird Frau Schiller wieder zum 1. Male die Göttinger, das Göttinger Schauspiel treten die Herren C. Wietfeld als König Heinrich und G. Draunich als Leirnamud auf.

Aus dem Bureau des Apollo-Theaters. Mittwoch, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet eine große Schiller-Feststellung mit eigens gewähltem Programm statt. In derselben werden sich die Mitpublizer in ihren abstraktigen Leistungen produzieren und ein vollständiges Fests-Programm zur Aufführung bringen. Die Göttinger und Göttinger haben das Recht, zu dieser Vorstellung ein Rand frei einzuführen.

Welt-Berlin. Große Ulrichstraße 6. I. In dieser Woche wird Herr Lin gestagt und zwar u. a.: Der Wähler Bahnhof, das Schauspielhaus, das Theater und die französische Kirche, der Alexanderplatz, das Luther-Denkmal. Auch die Janowitz, die Kurfürsten- und die Kaiser Wilhelm-Gräde, dann die Angelegenheiten und das alte Museum mit dem Saal des Mittelalters, die Göttinger, die Göttinger, das Göttinger, die Nouveau-Jubil und Goldschmidt sind sehr gute Aufnahmen.

